



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/130

den 1. Oktober 1949

Die zweiten Männer

(sp) Es ist eine alte Erfahrung, dass die zweiten Männer in den Ministerien, meist mit dem Titel Staatssekretär - im alten kaiserlichen Deutschland wurden und in den USA werden freilich die Minister Staatssekretäre genannt - oft einen dauerhafteren und nachrücklicheren Einfluss ausüben als ihre Vorgesetzten, die Minister, denn sie sind die Vollstrecker des ministeriellen Willens. Das gibt ihnen ihr besonderes Gewicht. Deshalb werden einige biographische Streiflichter auf die Persönlichkeiten interessieren, welche bei den Überlegungen über die Besetzung dieser wichtigen Posten im Vordergrund stehen.

Um bei dem zu beginnen, der bisher den höchsten Rang innehatte, bei Dr. Pünder, dem ehemaligen Leiter des Frankfurter Direktoriums. Es war auffallend, aber nicht überraschend, dass Dr. Pünder trotzdem niemals ernsthaft als Ministerkandidat für den Bund in Frage kam. Das sagt eigentlich alles. Mit Liebenswürdigkeit allein kann man sich nicht durchsetzen. Zu selbständiger politischer Arbeit ohne die Leitung durch eine starke Hand ist er unfähig. Aber Adenauer, dessen Staatssekretär Pünder möglicherweise werden wird, hat diese starke Hand.

Dr. Hartmann, der dem Finanzminister Dr. Schäffer assistieren soll, gilt als ein sehr sachverständiger, für den jeweiligen politischen Chef nicht besonders bequemer Beamter. Er hat bisher grosses Verständnis für die Notwendigkeiten einer möglichst einheitlichen Finanzverwaltung gezeigt und er wird sicher über diesen entscheidend wichtigen Punkt manches ernste Gespräch mit seinem föderalistischen Chef führen.

Als Staatssekretär für zwischenstaatliche Angelegenheiten wird immer wieder Dr. Pfeiffer, die "graue Eminenz der bayerischen Staatskanzlei", genannt. Seine aussenpolitischen Ambitionen sind nicht neu. Er ist ein

Föderalist reinsten Wassers, er war es, der auf Dr. Erhard und die CDU den entscheidenden Einfluss zugunsten einer Ablehnung des Grundgesetzes ausgeübt hat. Seine aussenpolitische Karte ist die französische. Für jeden, der eine fortschrittliche Vertretung der deutschen Interessen im Auslande wünscht, ist er ein Mann, der mit ausgesprochenem Misstrauen beobachtet werden muss.

Professor Erhard wird sich vermutlich seinen engen Mitarbeiter aus dem Frankfurter Wirtschaftsdirektorium, Dr. Schalfejew, mitbringen. Schalfejew gilt als Fachmann auf dem Gebiet der Energiewirtschaft, der chemischen Industrie und der Ölproduktion. Er ist ein Befürworter der Reprivatisierung der Grundstoffindustrien. Unangenehm fiel bei ihm in der Frankfurter Zeit auf, dass er es liebte, den Wirtschaftsrat so wenig wie möglich über die Politik seines Amtes zu unterrichten. Deutlich zeigte er die Neigung, sich einer parlamentarischen Kontrolle zu entziehen.

Im Landwirtschaftsministerium wird der frühere Präsident der Hannoverschen Landwirtschaftskammer, Zeddies, vermutlich mit seinem Minister, dem Bayern Professor Dr. Niklas, gut zusammenarbeiten. Zeddies hat zwar am Beginn seiner agrarpolitischen Arbeit in der Zeit nach dem Kriege zunächst den Eindruck erweckt, als sei er bereit, gegen eine einseitige Ernährungspolitik im Stile des alten Reichsbundes anzugehen und mit den Agrarpolitikern in der SPD zusammenzuarbeiten, aber sehr bald hat er sich dann auf die Seite der Bauernverbände Hermes'scher Richtung geschlagen.

Der Staatssekretär des Arbeitsministers Storch wird vermutlich Dr. Sauerborn sein, der bereits vor 1933 im Reichsarbeitsministerium tätig war und dort auch nachher in seiner Stellung in der Abteilung Sozialversicherung blieb. Vor über einem Jahr kam er nach München, wo er ebenfalls im Arbeitsministerium arbeitete. Später wurde er Präsident des Landesversicherungsamtes Bayern. Im Kreise seiner politischen Freunde nennt man ihn einen befähigten und klugen Mann, gibt aber zu, dass er besonders enge Beziehungen zu Unternehmer- und Bankierkreisen hat und dass er in diesem Sinne ein Gegengewicht zu Storch bilden werde.

1. Oktober 1949

Der voraussichtliche Staatssekretär im Verkehrsministerium ist der bisherige Leiter der bizonalen Verkehrsverwaltung, Prof. Dr. Frohne, von seinen eigenen leitenden Beamten der "Zauderer" genannt. Er hat es in seiner bisherigen Position nicht fertig gebracht, eine Koordinierung der Aufgaben aller vier Verkehrsträger - Eisenbahn, Kraftverkehr, Schifffahrt und Luftverkehr - zu erreichen. Von Haus aus ist er Verkehrstechniker, genauer: Konstrukteur von Rangierbahnhofsanlagen. Die einzige Anlage dieser Art freilich, die er gebaut hat, Braunschweig, hat in Fachkreisen nicht den besten Ruf.

Der Bundesinnenminister schliesslich hat sich zum ersten Stellvertreter einen Bayern genommen, Dr. Lex, einen anerkannten Verwaltungsfachmann, aber auch einen unumstrittenen Föderalisten und strengen Katholiken. Er war führendes Mitglied und Reichstagsabgeordneter der alten Bayerischen Volkspartei.

Noch steht nicht fest, welche dieser Männer endgültig ernannt werden und ob an der Stelle einzelner von ihnen andere Namen auftauchen werden. In jedem Falle wird diese Mannschaft der Staatssekretäre in der künftigen Arbeit ein sehr massgebendes Wort mitzusprechen haben.

- - - - -

Französische Kampagne gegen Carlo Schmid

(sp) Kurz vor den Bundeswahlen wurde in einigen französischen Zeitungen behauptet, Carlo Schmid sei als Kriegsverwaltungsrat während des Krieges in Nordfrankreich an den Erschiessungen französischer Arbeiter beteiligt gewesen. Es sei erstaunlich, dass Schmid nicht als Kriegsverbrecher verurteilt worden, sondern im Gegenteil nach Kriegsende Minister in Württemberg geworden sei. Vor kurzem hat auch die dem Quai

d'Orsay nahestehende Zeitung "Le Monde" einen "Fall Carlo Schmid" entdeckt. Das Blatt findet es verdächtig, dass Carlo Schmid, dessen Mutter Französin war, 1914 auf seine französische Staatsbürgerschaft verzichtet hat, ferner, dass er ausgerechnet 1933 zum a.o.-Professor ernannt worden sei. Wörtlich schreibt dann die Zeitung: "1947 wird er, und das ist ziemlich beunruhigend, schnell in Lille zum Mitarbeiter des Oberfeldkommandanten General Kiehoff ernannt. Seine Rolle in dieser Eigenschaft bleibt unstritten, er übt sie bis zum Zusammenbruch aus." In dem Artikel wird dann die heutige Tätigkeit Carlo Schmid's unfreundlich und unsachlich kritisiert

1.1.1949

siert. Der kommunistische "Sbir" bezieht sich auf "Le Monde", bezeichnet Carlo Schmid als einen "Nijhoff Nr.2" und versucht, Schmid's Namen mit der Erschiessung von acht Geiseln zu verquicken.

Der Grund zu dieser Kampagne gegen Carlo Schmid ist unbekannt. Carlo Schmid hat es nicht nötig, auf diese Angriffe persönlich zu antworten. Das hat vor ihm schon ein Franzose getan. Der stellvertretende Bürgermeister von Lille, L. Deterrez, hat 1948 ein Buch herausgegeben, das den Titel trägt "Als Lille hungerte" und die Besetzungszeit von 1940 bis 1944 schildert. Darin schreibt der Verfasser u.a.: "In der unmittelbaren Umgebung des Generalgouverneurs bewegte sich während dieser vier Jahre Besetzung Dr. Schmid, der geschickt und geschmeidig es in hervorragendem Masse fertig brachte, die schlimmsten Anordnungen der SS unwirksam zu machen und die nazistischen Direktiven zu sabotieren. Wenn es sich z.B. um Leute handelte, die der Zwangsarbeit entgehen wollten, so wandte er sich persönlich an den deutschen Leiter des Bergbauwesens, um die jungen Leute vor der Deportation zu bewahren. Wenn es sich um Geiseln handelte, dann bot er seinen Einfluss auf, um ihre Zahl zu vermindern und, wenn die Erschiessung unvermeidlich wurde, dann machte er sich an die Richter des Kriegsgerichtes heran; wie oft dieses seinem diplomatischen Geschick gelungen, gegen den Willen des Generals und des OKW an die Stelle der Geiseln notorisch Schuldige zu setzen, die keinerlei Aussicht hatten, der Erschiessung aufgrund kriegsgerichtlichen Urteils zu entgehen und die so durch ihr Opfer Unschuldige retteten.

Mit allen seinen Kräften ermutigte er die guten Franzosen, die bereit waren, den mittellosen Angeklagten einen Verteidiger zu stellen. Er erteilte ihnen seine Ratschläge und half ihnen in der wirksamsten Weise bei der Abfassung, der Weiterleitung und der erfolgreichen Behandlung von Gnadengesuchen oder von Protesten. Ohne Schminke und ohne jemand zu schonen, bekundete er öffentlich seinen Widerwillen gegen den Nazismus. Er war unverkennbar Antinazi und voller Mut".

Ein unmöglicher Präsident

-x. Dr. Köhler ist seiner Aufgabe als Präsident des Bundestages nicht gewachsen. Das ist die Meinung aller Mitglieder des Bundestages ohne Unterschied der Parteien.

Schon in den ersten Tagen des Bonner Parlamentes stellte sich heraus, dass der neue Präsident den Schutz des Hauses und seiner An-

1. Oktober 1949

gehörigen nicht zu wahren wusste. Unwürdigste Szenen spielten sich ab, die das Ansehen des Hauses nur schädigten. Nicht nur, dass die Presse-

fotografen bis auf den Präsidententisch kletterten, um die günstigste Position für ihre Aufnahmen zu finden, im Plenarsaal, auf den Gängen,

in den Erfrischungsräumen, ja selbst in den Fraktionszimmern, konnte die Diskretion nicht gewahrt werden.

Wusste der Präsident schon gegenüber den äusseren Anstürmen die Würde des Hauses nicht zu wahren und seine Arbeitsfähigkeit zu sichern,

so zeigte er sich der Leitung der Verhandlungen nicht gewachsen. Viele der beschämenden Szenen der Plenarsitzungen hätten von ihm verhindert

werden können, ebenso viele Würde durch seine eigene Unfähigkeit veranlasst.

Es ist einfach lächerlich, wenn ein Präsident das Haus fragt: "Meine Herren! Reden Sie jetzt oder rede ich?" und sich ständig durch Nachschlagen in der Geschäftsordnung zu unterrichten/ Es ist blamabel, wenn Dr. Bucerius öffentlich darüber Klage führen muss, dass ihm sein

Farteifreund Dr. Köhler nicht vor dem Lärm des Hauses zu schützen vermag. und demonstrativ seinen Dank für den Schutz ausspricht, den ihm Vize-

präsident Prof. Carlo Schmid dann angedeihen liess. Und es ist glett unmöglich, wenn sich ein Präsident aus der Sitzung beurlauben lassen muss,

weil er der Situation nicht mehr gewachsen ist.

Da kann man verstehen, wenn selbst Dr. Adensuer, der ja diesen unmöglichen Präsidenten vorschlug, zu der Erkenntnis kommt "Die Frage des Präsidenten muss jetzt endlich entschieden werden". Die Opposition ist mit ihm ausnahmsweise durchaus einer Meinung. (m/3/110/1/he)

Die SPD-Kriegsgefangenenhilfe teilt mit:

Der Monat September brachte mit 18.925 Kriegsgefangenen den stärksten Anteil der diesjährigen Entlassungen. Von den Kriegsgefangenen und verschleppten Frauen kehrten aber auch in diesem Monat keine zurück.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass bis zum 31. Oktober 1949 alle unbelasteten und bis zum 31. Dezember 1949 auch alle belasteten Kriegsgefangenen entlassen sein sollten, ausgenommen Kriegsverbrecher.

Verantwortlich: Peter Reunau